53. Jahrgang. № 134. Sonnabend, 15. Mai 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäftsanzeigen auf der Privatseite 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textstr. 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Hühneraugen, Hornhaut werden in wenigen Tagen beseitigt durch **Hornpflaster.** Bequem in der Anwendung, unübertroffen in der Wirkung. Karton 50 Pfennige mit genauer Anweisung. Versand nach auswärts als Muster 60 Pfennige. Echt mit Wappenmarke. **Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.**

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Kupferdr. E. Böhme's rother Gartenschlauch. Telephon I 3849. E. Böhme, Blasewitzerstr. 1 Dresden-A.

Zuverlässige, richtiggehende Uhren nur bewährte Fabrikate

nur bewährte Fabrikate. Neueste Uhrketten, Ringe, Trauringe empfiehlt **Aug. Reinhardt, Seestrasse 9.**

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.** **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Bei dem gestrigen Galadiner in der Wiener Hofburg wechselten die Monarchen herzliche Trinksprüche, in denen der Dreibund als Hort des Friedens gefeiert wurde.

Die Wiener Abendblätter konstatieren die überaus große Herzlichkeit beim Empfang des deutschen Kaiserpaares.

Der Reichstag genehmigte gestern des weiteren die Bankgesetznovelle und beschäftigte sich dann noch mit dem Viehseuchengesetz; der Seniorenkonvent ist für heute einberufen worden.

Fürst Bülow ist, wie verlautet, gegen eine Vertagung des Reichstags bis zum Herbst. Er besteht vielmehr darauf, daß die Entscheidung in der Reichsfinanzreform noch in diesem Sommer fällt und mindestens noch der Juni zu den Beratungen verwandt wird.

Zur Reichsfinanzreform liegt abermals eine konservative Kundgebung für die Erbanfallsteuer vor.

Der im Reichsschatzamt ausgearbeitete Entwurf einer neuen Fahrkartensteuer sieht einen 3½ %igen Zuschlag für alle Wagenklassen vor; die Karten unter dem Betrag von 1 Mark sollen steuerfrei bleiben.

Die Lage im französischen Postbeamten-Ausstande hat sich weiter gebessert.

Eine Verschärfung der inneren Krisis

ist durch den Konflikt zwischen Konservativen und Nationalliberalen in der Finanzkommission eingetreten, der von nationalliberaler Seite als die endgültige Zerstörung der Blockgemeinschaft aufgefaßt wird. Diese Wendung fordert zu einer erneuten Betrachtung der Lage heraus, als deren Kern festzustellen ist, daß die Verhältnisse trotz aller Irrungen und Wirrungen wenigstens nach zwei Richtungen hin eine Klärung erfahren haben. In erster Linie muß, so beklagenswert es sein mag, die Hoffnung fast gänzlich geschwunden erscheinen, daß eine Deszendenten-Erbanfallsteuer im gegenwärtigen Reichstage Aussicht auf Annahme hat. Mit verschwindender Ausnahme würde die konservative Reichstagsfraktion gegen eine solche Steuer stimmen, auch dann, wenn ihre Sätze und ihr Wirkungsbereich aufs äußerste eingeschränkt würden. Zentrum und Polen würden, nach ihren Erklärungen in der Finanzkommission zu urteilen, geschlossen gegen eine Deszendenten-Erbanfallsteuer stimmen. Die Entscheidung — Konservative, Zentrum und Polen können für sich allein eine Mehrheit nicht bilden — läge bei der Sozialdemokratie. Nun hat sich diese Partei zwar ihre endgültige Stellungnahme zur Erbanfallsteuer noch vorbehalten. Der „Vorwärts" hat die Meldung, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Finanzkommission gegen diese Steuer Stellung genommen hätten, ausdrücklich für verfrüht und nicht zutreffend erklärt. Die in die Kommission entsandten Vertreter der Partei haben aber doch den Gedanken, daß die Partei einer Besitzsteuer zustimmen könnte, die nur einen verschwindenden Bruchteil des Bedarfs, im Höchstfalle 50 bis 60 Millionen, decken würde, während über 400 Millionen Mark durch Verbrauchssteuern aufgebracht werden sollten, weit von sich gewiesen. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu der Erbanfallsteuer von der Bedingung abhängig machen würde, daß durch sie der Besitz ganz anders, als bisher in Aussicht genommen war, „angefaßt" werde. Dann aber würden sehr wahrscheinlich zahlreiche Abgeordnete aus anderen Parteien, die einer Erbanfallsteuer nur zustimmen wollen, solange sie sich in mäßigen Grenzen bewegt, kopfscheu werden und in das Lager der Gegner der Erbanfallsteuer übergehen. Es ist also nicht erkennbar, wie für diesen Teil des Finanz- und Steuerprogramms der Regierung gegenwärtig eine Mehrheit gewonnen werden soll.

Der zweite Punkt, über den Klarheit geschaffen ist, ist die Frage der Reichstagsauflösung. Die zwingenden Gründe, die gegen eine derartige Maßnahme sprechen, sind kürzlich an dieser Stelle eingehend dargelegt worden. Inzwischen haben sich auch wohl die freisinnigen Fraktionen überzeugt, daß sie gegenüber der Sozialdemokratie, der natürlich nichts erwünschter sein könnte als ein Wahlkampf mit dem tendenziösen Schlagwort von der „Ausplünderung der Massen", einen sehr schweren Stand haben würden. Wenn aber die Freisinnigen alle Ursache haben, ihre jetzige Position zu behaupten, solange es irgend möglich ist, so haben sie auch die Pflicht, sie auszufüllen. Das ist indessen bei den kommissarischen Beratungen über die Verbrauchssteuern bisher nur in sehr mäßigen Grenzen geschehen. Bei der Elektrizitäts-, Gas- und Inseratensteuer, die zu dem Finanzprogramm der Regierung gehörten, haben die Freisinnigen vollständig versagt. Den notwendigen Ersatz aber sind sie schuldig geblieben; dafür zu sorgen haben sie freundlichst der Regierung überlassen. Bei der Branntweinsteuer kann den Freisinnigen der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie durch allzu starres Festhalten an einer im Vergleich zu dem, was auf dem Spiele steht, untergeordneten Forderung ihres Parteiprogramms und durch andere, unerfüllbare Bedingungen, von denen sie ihre Zustimmung zu den geplanten Mehreinnahmen abhängig machten, den Widerstand der Konservativen noch erheblich verstärkt haben. Endlich haben die Freisinnigen einer Form der Tabakbesteuerung zugestimmt, aus der sich noch nicht einmal die Hälfte des in der Regierungsvorlage auf 70 bis 80 Millionen Mark angenommenen Ertrages herausziehen lassen würde. Solches Verhalten spricht nicht eben dafür, daß sich die Regierung unter allen Umständen und mit der vollen Sicherheit des Erfolges auf die freisinnigen Gruppen im Block stützen könnte. Auch mußten dadurch die Konservativen in ihrer Ansicht, daß eine Reichsfinanzreform mit den Freisinnigen nicht erreichbar sei, bestärkt werden. Diese Haltung der Freisinnigen muß angesichts der ihnen selbst aufgedämmerten Erkenntnis, daß sie im Falle von Neuwahlen sehr viel, wenn nicht alles zu verlieren hätten, unbegreiflich erscheinen.

Vor allem aber drängt die Zeit. Irgendetwas muß geschehen. In wenigen Tagen beginnen die Pfingstferien des Reichstages, und noch ist gar nicht abzusehen, wann die Steuervorlagen aus der Kommission an das Plenum gelangen und dort in zweiter Lesung, die zumeist bereits das endgültige Urteil spricht, behandelt werden können. Ja, verschiedene Vorlagen, die entweder für die a limine abgelehnten Entwürfe Ersatz schaffen sollen oder als völlig neue Steuerpläne teils verbürgt, teils gerüchtweise angekündigt sind, sind noch nicht einmal der Kommission zugegangen. Und doch hat der Reichskanzler am 30. März im Reichstage „als übereinstimmende Ueberzeugung der verbündeten Regierungen" feierlich ausgesprochen: „Wir verlangen von diesem hohen Hause eine feste und unzweideutige und endgültige Entscheidung über die Reichsfinanzreform, und noch in dieser Session." In der Kundgebung der „Nordd. Allg. Ztg." vom 9. d. Mts. hieß es: „Die verbündeten Regierungen geben die Hoffnung noch nicht auf, daß es gelingen werde, noch in diesem Sommer eine volle Deckung des Reichsbedarfs zu beschaffen." Beide Aeußerungen lassen die Deutung zu, daß die verbündeten Regierungen notgedrungen auch mit einer Hinausschiebung der „endgültigen und unzweideutigen" Entscheidung auf den Herbst und darüber hinaus — Vertagung und Schließung des Reichstages steht dem Kaiser zu — einverstanden sein würden. Aber zu diesem letzten, auch unter dem vom Reichskanzler selbst wiederholt betonten Gesichtspunkte unseres Ansehens im Auslande äußerst bedenklichen Auskunftsmittel dürfte doch erst gegriffen werden, wenn tatsächlich kein anderer Weg mehr gangbar erscheint. Und nicht minder bedenklich und schädlich wäre es, wenn die Ungewißheit über die kommenden neuen Steuern, wenn die Beunruhigung weiter Kreise unseres Wirtschaftslebens und die agitatorischen Machenschaften von Interessenten-Vereinigungen noch ein weiteres halbes Jahr oder gar noch länger fortdauern sollten.

Auf dem Reichstage lastet somit eine schwere Verantwortung. Von allen bürgerlichen Parteien darf man annehmen, daß sie sich dieser Verantwortung durchaus bewußt sind und alles aufbieten werden, um eine annehmbare Lösung zustande zu bringen. Wenn aber, wie es aufs dringendste zu wünschen wäre, schnell gehandelt werden mußte, so stand auch zu erwarten, daß die eine oder die andere Gruppe energisch die Initiative ergreifen und die Kommission vor ein entscheidendes Entweder — Oder stellen würde. Die der Finanzkommission angehörigen Vertreter der konservativen Fraktion haben geglaubt, diesen Schritt tun zu sollen. Es ist nicht anzunehmen, daß sie ohne oder gegen den Auftrag ihrer Fraktion gehandelt haben. Sie haben bei ihrem Vorgehen die Unterstützung des Zentrums, der Polen und aller rechtsstehenden Parteien gefunden. Unter diesen Umständen — da eine starke Mehrheit gegen seine geschäftsordnungsmäßige Auffassung entschieden hatte — war es nur natürlich, daß Abgeordneter Dr. Paasche den Vorsitz in der Kommission niederlegte. Der bisherige Vorsitzende der Finanzkommission muß jedenfalls die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es sich nicht um eine zufällige und äußerliche Unstimmigkeit handelte, sondern daß der Bruch zwischen den beiden Flügeln des Blocks, der sich unter so auffälligen Begleiterscheinungen vollzogen hat, ein dauernder und für die Mehrheitsverhältnisse im Rahmen der Reichsfinanzreform entscheidender sein werde. Die kommissarischen Beratungen über die Steuervorlagen sollen jetzt einstweilen unter dem Vorsitz des Zentrumsführers Dr. Spahn stattfinden. Auch das ist ein nicht mißzuverstehendes Zeichen der Zeit.

Nunmehr erhebt sich die Frage, wie sich die Reichsregierung, vor allem der Reichskanzler zu der veränderten Lage stellen wird. Die Meinungen hierüber sind geteilt. Während die „Köln. Ztg." angesichts des allgemeinen Wirrwarrs den Reichskanzler, sowie den Schatzsekretär und die Minister der Einzelstaaten auffordert, dem Reichstage nötigenfalls ihre Portefeuilles vor die Füße zu werfen, behauptet der Berliner Vertreter der „Frankfurter Ztg.", daß Fürst Bülow sich tatsächlich auf dem Wege befinde, die Finanzreform mit den Konservativen und dem Zentrum zu machen. Die Auffassung des Frankfurter Blattes ist offenbar aus der Erinnerung daran zu erklären, daß auch dem Fürsten Bismarck, der manch härteren Strauß mit dem Zentrum ausgefochten hat, nicht erspart geblieben ist, mit dieser Partei wieder zu paktieren. So viel ist jedenfalls sicher, daß der Rücktritt des Reichskanzlers im gegenwärtigen Augenblicke vom Standpunkte der nationalen Interessen aus ein im höchsten Grade unerwünschtes Ereignis darstellen würde.

* * *

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie verlautet, soll am Dienstag der Reichstag bis zum Herbst vertagt werden. Heute nachmittag hatte der Präsident Graf Stolberg mit dem Reichskanzler eine Besprechung, in der er dem Reichskanzler den Vertagungsvorschlag unterbreitet hat. In den Wandelgängen des Hauses verlautet weiter, daß Fürst Bülow höchstwahrscheinlich dem Kaiser entgegenfahren werde, um ihm eingehend Vortrag über die Situation zu halten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Seniorenkonvent des Reichstages ist vom Präsidenten Grafen Stolberg zu morgen einberufen, um die Geschäftslage zu beraten und insbesondere um Bestimmungen zu fassen über den Beginn der Pfingstferien.

Das deutsche Kaiserpaar in Wien.

Ueber den Einzug und den Aufenthalt des deutschen Kaiserpaares in Wien meldet der Telegraph noch folgende Einzelheiten:

Der Einzug.

Wien. Das Wetter ist kühl und regnerisch. Die Majestäten bestiegen nach der Begrüßung die bereit stehenden vierspännigen Prunkwagen à la Daumont mit Vor- und Stangenreitern in reicher Gala. Im ersten Wagen nahm Kaiser Wilhelm zur Rechten des Kaisers Franz Joseph, im zweiten Kaiserin Augusta Viktoria mit der Erzherzogin Maria Annunziata Platz. In ihren Hofequipagen folgten die Mitglieder der kaiserlichen Familie. Beim Herannahen der Wagen spielten die Militärkapellen „Heil Dir im Siegerkranz". Das Publikum brach in enthusiastische Hochrufe aus, die sich längs des ganzen Weges, der von Spalier bildenden Truppen, Vereinen, Schulen usw. eingefaßt war, stürmisch fortsetzte. Die Wagen fuhren in die Hofburg, wo die Majestäten vom Minister des Aeußeren Freiherrn v. Aehrenthal, den obersten Hofchargen, den Ministerpräsidenten Freiherrn v. Bienerth und Dr. Wekerle usw. empfangen wurden. Kaiser Wilhelm stattete nach seinem Eintreffen dem Kaiser Franz Joseph einen Besuch ab, sodann den Mitgliedern des Kaiserhauses und verweilte beim Erzherzoge Franz Ferdinand eine halbe Stunde. Um 1 Uhr war Familiendejeuner.

Eine Festsitzung deutsch-nationaler Abgeordneter.

Wien. Der deutsch-nationale Verband der Abgeordneten hielt heute mittag aus Anlaß der Ankunft des deutschen Kaiserpaares eine Sitzung ab, in der der Vorsitzende Sylvester in einer Ansprache, die stehend angehört wurde, betonte: Der Besuch des Deutschen Kaisers, dem heute alle deutschen Herzen mit ganz besonderer Begeisterung entgegenjubeln, sei nicht nur eine grundfeste Bürgschaft für die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen beiden mächtigen Reichen, er sei auch der weithin leuchtende und wirkende Ausdruck der Innigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses. „Während ringsum", fuhr der Redner fort, „feindselige Kräfte an der Arbeit waren, um unsere Monarchie in schwere Kriegsgefahr zu stürzen, stand das Deutsche Reich durch den Willen Kaiser Wilhelms und seiner Ratgeber in voller Uebereinstimmung mit den Gefühlen und Interessen des gesamten deutschen Volkes von allem Anfang an fest und unerschütterlich auf unserer Seite; ein Staaten- und Freundschaftsbund, der jedem der beiden Reiche zu Nutz und Ehre